

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 466 Postulat Spring Laura und Mit. über eine Beschleunigung des Klimaschutzes / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 466 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Laura Spring hält an der Dringlichkeit fest.

Laura Spring: Aus Sicht der Grünen Fraktion sind alle fünf Dringlichkeitskriterien erfüllt. Bereits in diesem Herbst geht die Umsetzung des Klimaberichtes in die Vernehmlassung. Den Auftrag zur Beschleunigung müssen wir daher möglichst vorher beschliessen und dem Regierungsrat den Auftrag dazu erteilen. Daher besteht eine zeitliche Dringlichkeit. Die Erhöhung des Tempos, um die Klimaziele zu erreichen, ist auch aus ökonomischen Überlegungen wichtig. Bereits jetzt entstehen hohe Ausgaben, um die Auswirkungen zu bewältigen. Dies zeigt sich aktuell bei der Katastrophe in Blatten. Der Kanton Luzern hat für die Unterstützung der Bevölkerung sofort 1 Million Franken gesprochen. Der Schutz der Bevölkerung vor der Klimakrise hat ein ausserordentlich hohes politisches Gewicht und das Postulat ist im Zusammenhang mit den aktuellen Vorfällen möglichst rasch zu beantworten. Das Anliegen tangiert kein juristisches Verfahren. Für die Solidarität mit den Bergregionen, die den Klimawandel bereits heute viel stärker spüren, braucht es eine rasche Senkung der CO₂-Emissionen. Ich danke Ihnen, wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Leider ist es so, dass der Klimawandel rasch fortschreitet. Wie Sie wissen, haben wir den Planungsbericht Klima und Energie verabschiedet und der nächste ist bereits in Erarbeitung. Gegen Ende Jahr wird dieser in die Vernehmlassung gehen. Dann ist der Zeitpunkt, um die nächste Periode anzugehen. Es ist aber nicht dringlich, darüber zu diskutieren, denn die Arbeiten sind aufgegleist und Sie werden die Möglichkeit zur Diskussion erhalten.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 91 zu 24 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.